

Stil im Wahlkampf

In Wahlzeiten herrschten schon immer rauhe Sitten. Vorbilder für Fairneß und gegenseitige Rücksichtnahme waren sie nie. Blickt man auf die Vorzeichen des kommenden Bundestagswahlkampfes, dann scheinen die Politiker nicht die Absicht zu haben, ihre Methoden zu ändern. Schon jetzt, wo die sogenannte heiße Phase noch gar nicht begonnen hat, praktizieren sie einen Stil, der nur abstoßend wirken kann: Keine argumentative Auseinandersetzung, sondern pauschale Vorwürfe und globale Behauptungen, für die man sich die Beweise sparen zu können glaubt; nicht sachliche Urteile und differenzierendes Abwägen, sondern primitive Schwarz-Weiß-Malerei und maßlose Polemik; nicht die Fairneß, die unter zivilisierten Menschen auch in den schärfsten Kontroversen erhalten bleiben sollte, sondern Herabsetzung, Verunglimpfung, ja Verteufelung der anderen Partei und ihrer Repräsentanten. Statt daß sich die Parteien als Konkurrenten verstehen, die gemeinsam die Grundwerte unserer Demokratie bejahen und um die Zustimmung der Wähler zu ihren politischen Zielen werben, verhalten sie sich wie unversöhnliche Gegner, ja Feinde, die nur noch die totale Konfrontation kennen, arbeiten mit Unterstellungen, werfen der anderen Seite Dummheit und Unfähigkeit vor und schrecken auch vor Beschimpfungen und Beleidigungen nicht zurück. „Größenwahnsinnig“, „reif für eine Nervenheilanstalt“, „gezeichnet von Unfähigkeit, Primitivität und Skrupellosigkeit“, „Symbol einer Ellenbogengesellschaft“, „Brandstifter“ – das sind nur wenige Beispiele aus dem Wortschatz der Spitzenkandidaten. Wenn schon im Vorfeld der Bundestagswahlen solche Formulierungen gebraucht werden, dann kann man nur fürchten, was noch kommen wird. Die Schiedskommission – deren Errichtung wohl der letzte gemeinsame Akt der Parteien bis zur Wahl bleiben wird – sollte nach dem Willen ihrer Begründer solche Auswüchse verhindern. Es ist schwerlich zu erwarten, daß ihr dies gelingt.

Lassen wir einmal die Frage beiseite, ob die Parteien mit einem solchen Stil ihre Wahlchancen überhaupt erhöhen können. Viel verhängnisvoller als eine Wahlniederlage der einen oder anderen Partei sind die Folgen dieses Verhaltens für unsere Demokratie und für das Zusammenleben der Menschen. Wenn schon die politischen Eliten das Gegenteil des Stils praktizieren, den sie in ihren Reden und Proklamationen mit Recht als Voraussetzung jeder funktionierenden Demokratie erklären, wie soll dann der schlichte Bürger die Forderungen nach Fairneß, Toleranz und Achtung vor den Andersdenkenden ernst nehmen?

In einer Zeit, in der die Menschen allen Institutionen gegenüber kritisch sind, werden die Parteien und die Regierung nicht allein aufgrund der Tatsache

akzeptiert, daß sie legitim konstituiert sind. Sie müssen sich ihre Legitimation und das Vertrauen der Bevölkerung immer wieder neu erwerben, und zwar durch die Überzeugungskraft ihres politischen Handelns und durch das vorbildliche Verhalten ihrer Repräsentanten. Ist es angesichts der immer mehr verrohenden politischen Sitten verwunderlich, wenn Parteien-, ja Staatsverdrossenheit um sich greift, vor allem bei den jungen Menschen? Müssen sich die Wähler nicht als dumm und unmündig behandelt fühlen, wenn die beiden großen Kontrahenten einander totale Unfähigkeit vorwerfen und dem Volk einzureden versuchen, die Katastrophe sei unabwendbar, falls die Konkurrenz die Macht übernehmen oder weiterhin behalten sollte? Wie können die Wähler den Politikern noch Achtung und Vertrauen entgegenbringen, wenn ihnen zugemutet wird, solche Behauptungen für bare Münze zu nehmen?

Die freiheitliche, rechts- und verfassungsstaatliche Demokratie hat vor allem ein Ziel: das Zusammenleben der Menschen in Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu sichern. Das kann in einer pluralistischen Gesellschaft nur erreicht werden, wenn sich alle politischen Kräfte um tragbare Kompromisse zwischen den gegensätzlichen Auffassungen bemühen, wenn sie also trotz aller Unterschiede in den politischen Auffassungen zusammenarbeiten. Wie soll aber diese Zusammenarbeit zustande kommen, wenn man im Wahlkampf alle Brücken abgebrochen und die Unterschiede der politischen Programme zu unvereinbaren Widersprüchen aufgebauscht hat? Zwar versichern viele Politiker, in der täglichen parlamentarischen Arbeit herrsche ein durchaus kollegiales Klima und die meisten Gesetze würden mit Stimmen aus allen Parteien verabschiedet. Aber wenn dem so ist, welchen Sinn haben dann die wilden Attacken der Wahlkämpfe und die maßlose Polemik der Rede- und Propagandaschlachten? Sollen sie dem Wähler Sand in die Augen streuen und die tatsächlich vorhandenen Gemeinsamkeiten vernebeln? Meinen die Politiker, die Bürger begriffen nur dann, worum es geht, wenn man ihnen vorspiegelt, es stünden sich absolute Gegensätze gegenüber und die Entscheidung falle gleichsam zwischen Gut und Böse?

Wo die Politiker nicht mehr sachlich argumentieren, wo sie nicht mehr an die persönliche Freiheit, das Verantwortungsbewußtsein und die Einsicht des einzelnen appellieren, sondern mit Schlagworten, unbewiesenen Behauptungen und Diffamierungen arbeiten, untergraben sie letztlich die Grundlagen der politischen Kultur, ohne die eine Demokratie auf Dauer nicht bestehen kann. Sie tragen selbst dazu bei, daß der von ihnen oft so wortreich beklagte Verfall der Normen des menschlichen Zusammenlebens voranschreitet und daß sich immer mehr Menschen die Frage stellen, ob die Demokratie unter solchen Voraussetzungen noch eine Zukunft habe.

Wolfgang Seibel SJ